

CDU kritisiert Landesregierung

Froschmeier: Ampel spielt Gemeinde gegen Bürgerschaft aus

Budenheim. – Die CDU Budenheim kritisiert die rheinland-pfälzische Landesregierung für die Reformierung des Kommunalen Finanzausgleichs. Die Folgen der Reform würden in Kürze auch die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Budenheim zu spüren bekommen.

Unter anderem sehe die Reform vor, dass die Gemeinden de facto gezwungen sind ihre Grundsteuern zu erhöhen. Zu diesem Sachverhalt habe sich der Hauptausschuss der Gemeinde Budenheim beraten und schlage dem Gemeinderat eine Erhöhung der Grundsteuer A von 300 v.H. auf 345 v.H. und Grundsteuer B von 365 v. H. auf 465 v.H. vor.

Kommunen, die diese Erhöhung nicht durchführen, hätten finanzielle Nachteile zu erwarten. Das Innenministerium drohe Kommunalhaushalte nicht zu genehmigen, wenn man keine Anpassungen

vornimmt. „Wir haben uns immer wieder im Gemeinderat für den Erhalt der Nivellierungssätze auf dem aktuellen Niveau stark gemacht. Das war Konsens über die Fraktionen hinweg. Die Landesregierung handelt in diesem Fall einmal mehr rücksichtslos und sozialfeindlich. Diese Erhöhungen sind gefährlich und werden zu Verwerfungen zwischen Bürgerschaft und Verwaltungen führen“, erklärt der CDU-Vorsitzende und Erste Beigeordnete der Gemeinde, Tim Froschmeier.

Der Budenheimer CDU sei es wichtig zu betonen, dass die Gemeindeverwaltung nicht der richtige Adressat für Unmut ist. „Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Gemeinderäte bekommen gerade den ganzen Ärger der Menschen über Steuererhöhungen ab, zu denen sie durch das Land gezwungen sind.

Es ist ein trauriges Signal, dass die

Ministerpräsidentin es zulässt, dass die Reform auf dem Rücken unserer ehrenamtlichen Kommunalpolitiker ausgetragen wird“, führt Froschmeier aus. „Es ist ein Hohn, dass die Landesregierung diese Reform auch noch als „historische Leistung“ feiert.“

Wer denkt, dass sich durch die Erhöhungen langfristig die Kommu-

nalhaushalte aufbessern lassen, täusche sich, da grundsätzlich die bereitgestellten Landesmittel für die Kommunen unzureichend bleiben würden.

Damit es alle erfahren

Familienanzeigen

in die Heimat-Zeitung!

Vorsorge treffen

Was tun im Fall eines Stromausfalles?

Ingelheim. – Das Telefon funktioniert nicht, die Heizung springt nicht an, das Licht ist aus, der Herd bleibt kalt: Viele Lebensbereiche sind vom Strom abhängig. Doch was passiert, wenn der Strom tatsächlich einmal ausfallen sollte und wie kann man sich auf eine solche Situation vorbereiten? Die Kreisverwaltung Mainz-Bingen informiert, wie die Bürger Vorsorge treffen können, um mögliche Auswirkungen auf sich und ihr Umfeld mildern zu können.

Im Falle eines Stromausfalls kann es unter anderem schwierig werden, Lebensmittel und Trinkwasser zu bekommen. Deshalb sollten die Bürger einen gewissen Grundvorrat an Wasser und haltbaren Lebensmitteln in ihrem Haushalt für den Notfall vorhalten. Neben Lebensmitteln sollten aber auch notwendige Medikamente und Hygieneartikel vorhanden sein. Auch mit warmer Kleidung und Decken lässt sich die Heizung an kalten Tagen eine Zeit lang ersetzen. Als alternative Lichtquellen können Taschenlampen mit Ersatzbatterien oder Kerzen aushelfen. Um im Notfall so lange wie möglich informiert zu bleiben und erreichbar zu sein, ist es zudem sinnvoll, eine aufgeladene Powerbank und ein Radio mit Batteriebetrieb oder Aufladung per Kurbel zu besitzen. Ebenso sollten die Bürger über eine ausreichende Bargeldreserve für ein paar Tage verfügen, wenn zum Beispiel die Geldautomaten nicht mehr funktionieren. Denn auch sie benötigen Strom.

Eine „persönliche Checkliste“ mit Informationen zur Vorsorge bietet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) auf der Website www.bbk.bund.de. Dort können auch hilfreiche Broschüren wie der

„Ratgeber über das richtige Handeln in Notsituationen“ heruntergeladen werden.

Landkreis trifft Vorkehrungen

Wenn das Stromnetz für längere Zeit ausfallen sollte, kann das erhebliche Auswirkungen auf das öffentliche und private Leben haben. Deshalb setzt man sich auch in der Kreisverwaltung Mainz-Bingen seit diesem Sommer verstärkt mit dem Thema Stromausfall auseinander. „Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Kommunen des Landkreises planen wir denkbare Szenarien, überprüfen die Infrastrukturen und thematisieren Vorkehrungen, die die Kommunen vor Ort treffen können“, beschreibt Landrätin Dorothea Schäfer. Das Ziel: Die öffentliche Infrastruktur auch mit Feuerwehr und Rettungsdienst am Laufen halten und dafür sorgen, dass Verwaltungen arbeitsfähig bleiben, um die Bürger unterstützen zu können. Ein Aspekt ist etwa das Einrichten von Anlaufstellen für die Bevölkerung, von denen aus Notrufe abgesetzt werden können oder Informationen vermittelt werden. Diese festen Anlaufstellen sollen dann im Notfall durch die Kommunen bekanntgegeben werden.

„Es ist sinnvoll, sich jetzt auf den Ernstfall vorzubereiten und nicht erst, wenn der Notfall direkt vor der Tür steht. Deshalb wollen wir jeden Einzelnen sensibilisieren, um rechtzeitig privat Vorsorge zu treffen und sich mit Familie und Nachbarn zu organisieren – und damit meinen wir umsichtig vorsorgen“, so die stellvertretenden Brand- und Katastrophenschutzinspektoren des Landkreises, Michael Braun und Michael März.

Leserbriefe

Was tut die Gemeinde zur Förderung des Radverkehrs?

Unser Leser Ralf Möllers hat sich Gedanken darüber gemacht, wie seiner Ansicht nach eine Verbesserung der Situation der Radfahrer in der Gemeinde erreicht werden kann.

Es gibt einen Fördertopf für Klimaschutzinvestitionen, der für den Ausbau von Radwegen genutzt werden sollte. Radfahren ist eine klimaschonende Mobilitätsform und stellt einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele dar. Es führt kein Weg an besseren Bedingungen für das Radfahren in Budenheim vorbei! Insbesondere die wenigen Kilometer (z.B. zum Hallenbad, zu den Einkaufsmärkten oder zum Isola-della-Scala-Platz) sollten mit dem Rad zurückgelegt werden, um den Verkehr in Budenheim zu reduzieren. Dass die Radfahrer/-innen vom Autoverkehr verdrängt werden (vor allem auf der Binger Straße), ist ein unhaltbarer Zustand. Die Straßen „gehören“ nicht nur den Autofahrern/-innen! Folgende

Maßnahmen stellen eine Verbesserung der Situation dar:

1. Einrichtung von Fahrradstraßen: Die Straßen werden mit Piktogrammen markiert. Der Radverkehr hat Vorrang. Das Befahren der Straßen durch Pkw ist weiterhin erlaubt. Zum Beispiel ist die Wegführung vom Hallenbad bis zum REWE-Markt eine geeignete durchgängige Fahrradstrecke (Nutzung des Uhlerborner Wegs und der Heidesheimer Straße). Ebenso die Verbindung vom Sportplatz Budenheim bis zum Geschäft „Lotto am Eck“ (Nutzung der Alicestraße und der Kettelerstraße).

2. Aufhebung der Einbahnregelung für Radfahrer/-innen (dies wird in anderen Ortschaften erfolgreich praktiziert). Gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer/-innen setze ich voraus.

3. Zudem sollte die Geschwindigkeit durch den Lennebergwald (Richtung Finthen bzw. Heidesheim) auf maximal 70 km/h begrenzt werden. Damit kann der Durchgangsverkehr durch Budenheim reduziert werden.

Die Gemeinde sollte diese und weitere Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs umsetzen!